Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: **Karl Homann.**

Berlin, Freitag, den 2. November 1894.

Zur Lage.

In den letzten Sessionen des Reichstags tobte ein heftiger Kampf unter den Parteien und mit der Regierung. Die Verstärkung der Wehrkraft konnte erst nach einer Auflösung des Reichstags durchgesetzt werden und dann auch nur mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen. Beinahe noch erbitterter wurde um den zweiten großen Streitgegenstand, den russischen Handelsvertrag, in der vorigen Session des Reichstags gekämpft, wiewohl es hierbei zu keiner Auflösung kam. In beiden Fällen war die Parteigruppirung verschieden: die Militärvorlage war von der gesammten Linken bekämpft, von der gesammten Rechten unterstützt worden; bei dem russischen Handelsvertrage bildete den Kern der Opposition die konservative Partei, die Mitte war gespalten, die Linke unterstützte die Regierung. Während aber der Kampf um die Militärvorlage nach der Entscheidung keinen Einfluß auf das öffentliche Leben mehr ausübte und die Hauptgruppe des unterlegenen Theils, die freisinnige Partei, in zwei Hälften zerfallen war und blieb, wirkte der Streit um die Handelsverträge mächtig im öffentlichen Leben nach und schien sich die Opposition der konservativen, landwirthschaftlichen Elemente gegen die Vertreter der Handelsvertragspolitik innerlich nur noch mehr zu verstärken.

Diese Erscheinung erklärt sich im Wesentlichen daraus, daß im ersteren Falle parlamentarische Machtfragen eine große Rolle spielten, während im Streite um die Zollpolitik starke wirthschaftliche Interessen das Kampffeld weit über den eigentlichen Streitgegenstand hinaus erweitert hatten; Interessen, die ihrer Natur nach und namentlich wegen der unvermindert üblen Lage der Landwirthschaft fortwirken mußten. Die konservative Partei aus der Opposition gegen die Regierung, die übrigens die Nothwendigkeit, der Landwirthschaft aufzuhelfen, nicht verkannte, heraus zu bringen, war um so schwerer, als sich nach dem Attentate auf den Präsidenten Carnot während des Sommers wegen der Frage, wie die Machtmittel der Obrigkeit gegen die Umsturzgefahr zu verstärken seien, eine wilde Preßfehde entwickelte, bei der die Sache selbst hinter allerlei taktische Nebenzwecke zurücktrat.

Der Ausgangspunkt einer Klärung lag in der Königsberger Rede unseres Kaisers, in welcher der Weg der Versöhnung gezeigt wurde. Der zweite wichtige Schritt war der Kanzler- und Ministerpräsidentenwechsel und die Wiedervereinigung der beiden höchsten Aemter des Reichs in Preußen in einer Hand. Der Reichstag wird sich einer Regierung gegenüber sehen, die durch jenen Akt an innerer Kraft gewonnen hat und gegen deren verantwortlichen Leiter keine alte Verbitterung, sondern nur hoffendes Vertrauen rege ist. Man darf daher wünschen und erwarten, daß der Kampf um die Handelspolitik für die Fragen, die sich in dem weiten Gebiete der Sozial- und Wirthschaftspolitik aufthun, nicht nachwirken werde. Hier, in diesem weiteren Kreise, liegen die großen Aufgaben der Zukunft, die zu ihrer friedlichen Lösung einmüthiges Zusammenwirken erfordern.

Der Frankfurter Parteitag der deutschen Sozialdemokratie

hatte nach der Absicht seiner Veranstalter zwei hauptsächliche Aufgaben zu erfüllen: es sollte abgerechnet werden zwischen der süddeutschen und norddeutschen Sozialdemokratie, und dann ein festes, handliches Programm geschaffen werden für die Landagitation. Die Parteipresse weiß natürlich, nachdem sie in Dutzenden von Spalten über allerhand heftige Zänkereien und Wortgefechte berichten mußte, den Schluß herauszubringen, daß alles in einen weihevollen, imponirenden Einigungs- und Einigkeitsakkord ausgeklungen sei; allein man merkt wohl, die Glocken, mit denen sie läutet, haben manchen Sprung. Die badenser Genossen wurden allerdings mit einem scharfen Verweise abgethan; dabei handelt es sich um Uneinigkeiten, die sie untereinander haben, allein es fragt sich, ob die Gemaßregelten sich bei dem Spruch auf die Dauer beruhigen werden. Die bayerischen Genossen aber, die unter sich vollkommen einig sind und einzig mit den Berliner Hauptführern im Streite liegen, ließen sich weder durch deren Autorität, noch durch die Majorität abstrafen. Die Angelegenheit wurde nur dadurch beendet, daß man die Anträge für und wider ablehnte, also daß es in der Schwebe bleibt: ob die bayerischen Genossen, die in ihrem Landtage für das Staatsbudget stimmten, recht gethan haben oder nicht. Ein übles und bezeichnendes Wort, das Herr Bebel aussprach, klang jedoch von diesen Debatten hinüber in diejenige über die Landagitation: er nannte die Genossen von Vollmar und Grillenberger Bauernfänger, weil sie sich das Mäntelchen staatstreuer Budgetbewilliger umhingen, um von ihren Bauern nicht als rothe Umstürzler erkannt zu werden.

Wenn man's bei Lichte besieht, kommt allerdings die ganze Taktik der Landagitation, wie sie schließlich — nach dem klugen Beispiel der französischen Genossen, und nicht einmal aus dem eigenen Kopfe heraus — gutgeheißen wurde, auf Bauernfang hinaus. Die Parole ist ausgegeben, daß man von Enteignung des Grund und Bodens kein Wort verrathen, sondern vorderhand nur von genossenschaftlichem Betriebe bei gewissen Produktionszweigen sprechen dürfe. Vom Atheismus, von dem, was die sozialdemokratische Theorie über die Ehe und Familie lehrt, soll der Landbevölkerung erst recht nichts gesagt werden, und nur ganz zuverlässige Leute sollen hinaus auf's Land als Agitatoren, die ihre Zunge wohl zu zügeln wissen und nichts darüber ausplaudern. Welch gelehrige Schüler die Sozialdemokratie in der That hat, mag aus einem Beispiel erhellen, das aus Schlesien berichtet wird. „Jemand aus Breslau," so erzählt ein Bäuerlein, wäre kürzlich dagewesen, der hätte gesagt: die Sozialdemokraten beförderten das Christenthum und würden nicht dulden, daß es ausgerottet werde! Wir schätzen, daß sogar Bebel über diesen „zielbewußten" Jemand aus Breslau erstaunt gewesen sein wird, der den Bauernfang mit solch faustdickem Schwindel betreibt.

Unter den abfälligen Urtheilen, die von Blättern auf der staatserhaltenden Seite über den Parteitag gefällt werden, finden sich übrigens solche, vor denen gewarnt werden muß. Man getröstet sich der Hohlheit, die in den Verhandlungen zu Tage getreten sei, und des Umstandes, daß die Sozialdemokratie wenig oder nichts an innerer Bedeutung und Entwickelungsfähigkeit gewonnen habe. Ja, wenn die lautere, vernünftige Wahrheit das Einzige wäre, das in die Gemüther der Menschen und namentlich der Menge Eingang zu finden vermag, dann stünde es längst besser um die ganze Welt. Erfahren wir aber nicht täglich, auf allen Gebieten, welche Herrschermacht Thorheit und Unwahrheit ausüben, wie sie den Volksgeist verwüsten, wie langsam Einsicht und Bildung fortschreiten? Die Unsinnigkeit, die in den sozialistischen Theorien steckt, macht sie ungefährlich für den Kundigen, Erfahrenen, der von Gott und der Welt, von Staat und Gesellschaft etwas Besseres weiß, als es die Prediger des Umsturzes vortragen; aber um so gefährlicher für die Urtheilslosen, Unerfahrenen, zumal für diejenigen, die unter dem Druck von Verhältnissen seufzen, deren wahre Ursache sie ebenso wenig verstehen als die wahren Mittel zur Abhilfe.

Zar Alexander III. †.

Kaiser Alexander der Dritte von Rußland, der mächtige Selbstherrscher über 100 Millionen Menschen, ist nicht mehr; am 1. November ist er in Livadia am schwarzen Meere seinem schweren

Leiden erlegen. Nicht unerwartet kommt die Kunde, denn schon seit Wochen mußte man auf diesen Verlauf gefaßt sein, und doch wirkt sie erschütternd: ein Mann, der — Kaiser Alexander war im Jahre 1845 geboren — im kräftigsten Mannesalter stand, konnte trotz der Kunst der berühmtesten Aerzte dem Leben nicht erhalten werden. Der Kaiser selbst hat gewußt, daß sein Ende nahe war, und er hat mit männlichem Gottvertrauen dem Unvermeidlichen entgegen gesehen. „Es ist betrübend," so soll er geäußert haben, als eine vorübergehende Besserung in seinem Befinden eintrat, „wenn man in meinen Jahren in den Tod gehen soll, wenn ich persönlich auch nicht so sehr am Leben hänge. Sollte aber Gott der Herr mein Leben noch für mein theures Rußland für nützlich erachten, so wird er mich gesund machen, wie er mich ehedem bei Borki errettet hat."

Ein furchtbares Ereigniß war es, durch das Kaiser Alexander III. zur Regierung kam: am 13. März 1881 starb sein Vater, Alexander II. durch Mörderhand, und dies schreckliche Erleben hat auch auf ihn seine Schatten geworfen. Mehrfach war auch er mörderischen Angriffen ausgesetzt, denen er oft wie durch ein Wunder entging. So besonders im Jahre 1888 bei dem Eisenbahnattentat von Borki, wo mehrere Personen todt oder verwundet unter den zertrümmerten Wagen hervorgeholt wurden, die kaiserliche Familie aber fast unverletzt blieb. Mit der Kaiserin, einer geborenen Prinzessin Dagmar von Dänemark, lebte der Zar in glücklicher Ehe, und das Familienleben war für den Kaiser eine Quelle inniger Zufriedenheit, besonders, wenn er, wie alljährlich im Herbst, auf Schloß Fredensborg bei Kopenhagen weilte.

Gegen die Nihilisten ging der Kaiser in strenger Weise vor, und es gelang ihm, die Bewegung einzudämmen. Ein strenger, doch gerechter Herrscher, hat er nach Möglichkeit gestrebt, die Bestechlichkeit und Unredlichkeit im russischen Beamtenthum zu beseitigen. Auch eine Reihe innerer Reformen verdankt Rußland seiner landesväterlichen Fürsorge; so schuf er die Adelsagrarbank, erließ eine Städteordnung, reorganisirte die Provinzialbehörden für bäuerliche Angelegenheiten und sorgte dafür, daß das Innere des Landes durch Eisenbahnen aufgeschlossen wurde. In den Jahren 1891/92 suchte er ferner soviel wie möglich dem unter der armen Bevölkerung infolge von Mißernten herrschenden Nothstande abzuhelfen, und ihm ist es zu verdanken, daß 125 Millionen Rubel für Brot und Saatkorn ausgegeben worden sind. Sein besonderes Augenmerk richtete er auf Heer und Flotte; nicht allein, daß er die Kadres erheblich verstärkte, verbesserte er auch die inneren Einrichtungen des Heeres, die sich im russisch-türkischen Kriege nicht bewährt hatten, und verstärkte die Flotte nicht nur durch zahlreiche Neubauten von Schiffen, sondern auch durch Anlegung des Kriegshafens in Libau, dessen Grundstein vor zwei Jahren feierlich gelegt wurde.

Kaiser Alexander war, und dies ist sein Hauptverdienst, ein Freund des Friedens, und ihm ist es mitzudanken, daß Europa während seiner Regierung von schweren Erschütterungen verschont blieb. Darum wird auch das deutsche Volk dem Geschick des so früh dahingeschiedenen Fürsten seine Theilnahme nicht versagen.

Kleinigkeiten aus der Verwaltung.

Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen soll im nächsten Jahre ein etwa drei Monate währender Kursus in der Königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abgehalten werden, der am 2. April 1895 eröffnet werden wird.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen müssen bei der vorgesetzten Dienstbehörde, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk sie wohnen, bis zum 15. Januar k. Js. angebracht werden. Die in Berlin wohnenden in keinem Lehramte stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium in Berlin ebenfalls bis zum 15. Januar k. Js. einzureichen.

Dem Komité für den vom 10. bis 13. Mai nächsten Jahres in Stettin abzuhaltenden Pferdemarkt ist vom Minister des Innern die Erlaubniß ertheilt worden, bei dieser Gelegenheit eine öffentliche Verloosung von Wagen, Pferden, Pferdegeschirren u. s. w. zu veranstalten und die Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Politische Tagesfragen.

Aus Anlaß des Ablebens des Zaren Alexander III.

wehte am 2 November auf dem Neuen Palais zu Potsdam und auf dem Königlichen Schlosse zu Berlin die Kaiserstandarte auf Halbmast. Auch die öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privatgebäude haben die Fahnen Halbmast gehißt. Der königliche Hof legt Trauer auf 4 Wochen an. Kaiser Wilhelm begab sich Vormittags nach Berlin, und stattete in der russischen Botschaft einen einstündigen Kondolenzbesuch ab. Auch sind auf allerhöchsten Befehl die Königlichen Theater geschlossen worden. Aus alledem geht hervor, daß Kaiser Wilhelm lebhaften Antheil an dem Ableben des Zaren nimmt; und daß man von dieser innigen Theilnahme auch in Livadia durchdrungen war, geht aus der Thatsache hervor, daß mit dem Telegramm, welches dem Kgl. Dänischen Hofe den Tod des Zaren meldete, gleichzeitig eine Depesche, die Trauerbotschaft enthaltend, vom nunmehrigen Zaren Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. gerichtet wurde. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten in Petersburg wird der Kaiser in seiner Vertretung den Prinzen Heinrich entsenden.

Die Kaiserin

hat an die Berliner Stadtverordneten auf deren Glückwünsche zum Geburtstage das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Ich danke den Stadtverordneten Berlins für die mir zum Geburtstage dargebrachten Wünsche. Die Anerkennung und der Dank, welchen mir die Stadtverordneten für das segensreiche Wirken so vieler Arbeiten in Berlin zur Hebung der religiösen und leiblichen Wohlfahrt unseres Volkes aussprechen, gebührt vor Allem den zahlreichen Bürgern und Frauen unserer Hauptstadt, welche sich mit mir zu den Werken christlicher Nächstenliebe vereinigt haben. Niemals wird der Segen da fehlen, wo gewirkt und gebaut wird auf dem Grunde der versöhnenden Liebe unseres Herrn und Heilandes. Je ernster unsere Zeit, desto ernster tritt die Forderung heran, in diesem Sinne zu arbeiten. Die Wohlfahrt und das Gedeihen unserer Hauptstadt hängen davon ab, und ich hoffe und bitte, daß in diesem Sinne auch die Stadtverordneten in ihrer bedeutsamen und verantwortungsvollen Stellung Alles zu unterstützen bestrebt sein werden, was die heiligen Güter des Christenthums schützt und erhält, und daß sie abwehren, was diese Güter gefährdet und damit das Glück und Wohl unseres Volkes untergräbt.

Neues Palais, den 31. Oktober 1894.

(gez.) Auguste Viktoria, I. R.

Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg,

der neue Statthalter der Reichslande, am 31. August 1832 geboren, studirte zu Berlin, trat dann in die württembergische Armee und 1854 in österreichische Militärdienste, in denen er 1859 den Feldzug gegen Frankreich in Italien mitmachte. 1862 wurde er badischer General und machte als solcher den Feldzug gegen Frankreich 1870/71 als Korpsdelegirter beim XIV. Armeekorps mit. Seit 1860 ist er erbliches Mitglied der württembergischen Ersten Kammer, zu deren Vizepräsidenten er 1893 gewählt wurde. Von 1871 bis 1880 gehörte er dem deutschen Reichstage und in demselben der deutschen Reichspartei an. 1877 und 1878 war er Vizepräsident des Reichstages. 1882 gründete er die Deutsche Kolonialgesellschaft, deren erster Vorstand er jetzt noch ist. 1891 wurde er in den Kolonialrath berufen. Vermählt ist der Fürst mit der Prinzessin Leopoldine von Baden. Er ist ein Oheim der Kaiserin, deren Mutter, seine Schwester mit dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg vermählt war.

Der Minister des Innern von Köller

hat sich am 31. v. Mts. nach Straßburg i. E. zurück begeben, um dort seine frühern dienstlichen Verhältnisse zu ordnen, und wird voraussichtlich in acht bis zehn Tagen nach Berlin zurückkehren.

Die freisinnige Presse

ist eifrig bemüht, den neuen Minister des Innern, Herrn von Köller, bereits zu bekämpfen, ehe noch ein öffentliches Auftreten, geschweige denn eine Amtshandlung desselben vorliegt, woran sie Kritik zu üben vermöchte. Zu diesem Behuf greift sie auf die parlamentarische Thätigkeit des Herrn von Köller zurück, der dem Reichstage von 1881 bis 1887 angehörte und sich allerdings damals bei den Männern des Deutschfreisinns unbeliebt und unbequem gemacht hat, weil er sie aufs Schlagfertigste zu widerlegen wußte. Wenn das Unbehagen an jene über ein Jahrzehnt zurückliegenden Erinnerungen bei gewissen freisinnigen Abgeordneten noch nachwirkt, so beweist das ein gutes Gedächtniß; aber mit der Amtsthätigkeit des neuen Ministers haben diese Erinnerungen doch schlechterdings nichts zu thun. Die demokratische „Frankfurter Zeitung" belehrt

ihre freisinnigen Freunde übrigens eines Bessern, indem sie von Herrn von Köller schreibt: „In seiner Stellung als Polizeipräsident von Frankfurt a. M. hat er sich im amtlichen wie im außeramtlichen Verkehr durch strenge Unparteilichkeit, verbunden mit gewinnenden Verkehrsformen, in der Bürgerschaft ohne Ansehung der politischen Parteien eine Sympathie erworben, deren der Träger eines solchen Amtes sich nicht häufig rühmen kann."

Cholera.

In der Woche vom 22. bis 29. Oktober Mittags wurden, wie in den „Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts" mitgetheilt wird, nachstehende Erkrankungen (und Todesfälle) gemeldet: Ostpreußen: 1 (1) in Kosse, Landkreis Königsberg. Weichselgebiet: 10 (2), davon 7 (2) in 2 Orten des Landkreises Elbing, 2 in der Stadt Elbing und 1 in Graudenz, Kreis Graudenz. Netze-Warthegebiet: 6 (1), sämmtlich in Nakel. Oberschlesien: Vom 21. bis 27 Oktober 8 (4), davon 5 (2) in 4 Orten des Kreises Kattowitz, 1 (1) im Kreise Neustadt und 2 (1) in einem Orte des Kreises Pleß.

Zar Nikolaus II.

hat am 2. November ein Manifest erlassen, in welchem es nach der Mittheilung des Ablebens seines Vaters heißt: „Möge das Volk nicht vergessen, daß die Kraft und Festigkeit des heiligen Rußlands in seiner Einigkeit mit uns und in seiner unbegrenzten Ergebenheit für uns liegt. Wir aber erinnern uns zu dieser traurigen aber feierlichen Stunde, in welcher wir den urväterlichen Thron des russischen Reiches und des mit ihm unzertrennlich verbundenen Zarthums Polen und des Großfürstenthums Finland besteigen, des Vermächtnisses unseres entschlafenen Vaters, und von ihm erfüllt thun wir vor dem Angesichte des Allerhöchsten das heilige Gelübde, stets als einziges Ziel die friedliche Entwickelung, die Macht und den Ruhm des theueren Rußlands und die Beglückung aller unserer treuen Unterthanen zu haben." Das Manifest schließt mit dem Befehl den Treueid zu leisten ihm (dem Kaiser Nikolaus) und seinem Bruder und Thronfolger, dem Großfürsten Georg Alexandrowitsch, welcher auch solange Thronfolger zu tituliren sei, bis Gott die mit der Prinzessin Alix von Hessen einzugehende Ehe des Kaisers mit einem Sohne segnen würde.

Sozialpolitisches.

Jugend- und Volksspiele.

Der Zentralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele hat an die Direktoren der höheren Lehranstalten, Lehrerseminare und Präparandenanstalten in Deutschland ein Schreiben gerichtet, in dem um die Beantwortung folgender Fragen gebeten wird: 1. Genügt der Spielplatz dem Bedürfniß? 2. Wieviel pflichtmäßige Turnstunden hat die Anstalt? 3. Wird das Spiel innerhalb der Turnstunden gepflegt und wieviel Zeit wird darauf verwendet? 4. Wird das Spiel auch außerhalb der Turnstunden betrieben? a. wie oft und wie lange? b. mit welcher durchschnittlichen Betheiligung? c. mit pflichtmäßiger oder freiwilliger Theilnahme? d. während des ganzen Jahres oder nur im Sommer? 5. Erhält der Leiter der Spiele eine Vergütung für die unter Nr. 4 aufgeführte besondere Spielzeit oder liegt sie innerhalb seiner Pflichtstunden? 6. Wer bestreitet die Kosten des Spielbetriebes? 7. Bestehen an der Anstalt Schülervereinigungen zur Pflege der Spiele oder sonstiger Leibesübungen? 8. Betheiligt sich das Lehrerkollegium an der Förderung des Bewegungsspieles der Anstalt und in welcher Weise? 9. Haben die Zöglinge hinreichende Gelegenheit zum Schwimmen und Eislauf? 10. Giebt es dort besondere Spiele örtlichen Charakters?

Das Gesammtergebniß dieser Umfrage, die erst nach fünf Jahren wiederholt werden soll, wird im Jahrbuch für Jugend- und Volksspiele veröffentlicht werden.

Statistisches.

Deutschlands auswärtiger Handel.

Nach den vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichten Nachweisen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets wurden in den ersten drei Vierteln des Jahres 1894 eingeführt zusammen 235 791 597 Doppelzentner gegen 219 382 278 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Es wurden also 1894 16 409 319 Doppelzentner mehr eingeführt.

Die Ausfuhr betrug 163 618 226 Doppelzentner gegen 152 617 939 Doppelzentner im gleichem Zeitraum des Vorjahrs. Die Mehreinfuhr betrifft hauptsächlich Erden und Erze, Getreide und landwirthschaftliche Erzeugnisse, Steine und Steinwaaren, Vieh und Steinkohlen. An der Mehrausfuhr sind hauptsächlich betheiligt: Eisen und Eisenwaaren, Instrumente und Maschinen, Erden, Erze, Getreide und landwirthschaftliche Erzeugnisse, Mehl, Steinkohlen und Koks, Salz und Zucker, Cigarren. Nach der vorläufigen Werthberechnung ergiebt sich für die Einfuhr der ersten drei Viertheile des Jahres 1894 ein Einfuhrwerth von 3 312 057 000 Mark gegen 3 033 430 000 Mark des Vorjahrzeitraums, also um 278 627 000 Mark mehr. Der Ausfuhrwerth berechnet sich pro 1894 auf 2 328 061 000 Mark gegen 2 467 793 000 Mark des Vorjahrzeitraums, also um 139 732 000 Mark weniger.

Die Einfuhr der Edelmetalle hat sich von 95 015 000 Mark des Vorjahrzeitraums auf 179 194 000 Mark vermehrt, die Ausfuhr davon hat sich von 137 578 000 Mark auf 79 305 000 Mark vermindert, sodaß für die übrigen Artikel ein Einfuhrwerth von 3 132 863 000 Mark (2 938 415 000 Mark) und ein Ausfuhrwerth von 2 248 756 000 Mark (2 330 215 000 Mark) mit einer Unterbilanz von 884 107 000 Mark (608 200 000 Mark) verbleibt.

Personalien.

Dem Regierungs-Assessor Dr. Schulte-Heuthaus zu Frankfurt a. O. ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Deutsch-Krone, Reg.-Bez. Marienwerder, übertragen worden.

Der Regierungs-Assessor Schlange zu Königsberg i. Pr. ist an die Königliche Regierung zu Frankfurt a. O. versetzt worden.

Der Regierungs-Assessor Dr. Conring zu Stade ist an die Königliche Regierung zu Königsberg i. Pr. versetzt worden.

Der zur Zeit dem Landrathe des Kreises Rügen, Reg.-Bez. Stralsund, zur Hülfeleistung zugetheilte Regierungs-Assessor Prinz von Schönaich-Carolath ist der Königlichen Regierung zu Stettin zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der bisher beurlaubte Regierungs-Assessor Dr. Buresch aus Labiau ist der Königlichen Regierung zu Magdeburg zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Wie verlautet, ist der Dozent an der technischen Hochschule zu Aachen Dr. Max Schmid zum etatsmäßigen Professor an dieser Anstalt befördert worden.

Am 31. Oktober ist der Direktor des „Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staats-Anzeigers" Dr. Hermann Klee im Alter von 49 Jahren verschieden. Er übernahm die Redaktion des „Reichs- und Staats-Anzeigers 1889. Ein Nachruf, der ihm in dem amtlichen Blatte gewidmet wird, betont, daß er während seiner Amtsführung die Erwartungen, welche auf seine Berufung gesetzt wurden, in vollem Maße gerechtfertigt habe. Seine Vorgesetzten ebenso wie seine Mitarbeiter in der Redaktion würden sein Andenken stets in Ehren halten.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Im Laufe dieser Woche hat sich ein

Wechsel in den obersten Aemtern des Reichs und Preußens

vollzogen, zu dem Meinungsverschiedenheiten darüber den Anlaß gaben, welch neue Machtmittel der Obrigkeit im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen zu verleihen wären. Zum Reichkanzler und Ministerpräsidenten wurde Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der bisherige Statthalter der Reichslande ernannt; zum Minister des Innern der bisherige Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen von Köller. Kurz darauf erfolgte auch die Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Freiherrn Marschall von Bieberstein, zum preußischen Staatsminister. Daß der Staatssekretär des Auswärtigen derart in Beziehung zum preußischen Staatsministerium tritt, ist übrigens seither regelmäßig der Fall gewesen.

Das **preußische Staatsministerium** trat am 31. Oktober zum ersten Male unter dem Vorsitz des neuen Ministerpräsidenten zu einer Sitzung zusammen. Es ist zu erwarten, daß die wichtigen Aufgaben, die einerseits in der Fortführung der Reichsfinanzreform, anderseits in der Bekämpfung der umstürzlerischen Bestrebungen und in der gesetzgeberischen Arbeit für das Wohl der Landwirthschaft gegeben sind, getreu der Kaiserlichen Willensmeinung, durch die Hingabe und Einmüthigkeit der neuen Berather der Krone aufs Entschiedenste gefördert werden. Die Hoffnungen, die dabei auf die Mitwirkung des Reichs- und Landtages gestellt werden, mögen, das ist der Wunsch aller staatserhaltenden Parteien, dabei ebenfalls in Erfüllung gehen.

Unser **Kaiser**

hatte in Anbetracht der wichtigen Geschäfte, die in Folge des Ministerwechsels zu erledigen waren, Ende voriger Woche den geplanten Jagdausflug nach Blankenburg aufgegeben. Am 31. Oktober war der Kronprinz von Schweden und Norwegen mit seinen beiden ältesten Söhnen im Neuen Palais zu Gast. Am selben Tage empfing der Kaiser daselbst eine Abordnung der zur Zeit in Berlin tagenden

außerordentlichen Generalsynode

und sprach dabei aus, daß die Synode in versöhnlichem Geiste arbeiten möge. Er habe den Entwurf der neuen Agende gebilligt, doch solle kein Zwang ausgeübt werden; wer die neue Agende ablehne, könne bei der alten verharren. Der Kaiser äußerte weiter den Wunsch, daß die Kirchen auch außer der Zeit des Gottesdienstes offengehalten würden. Dadurch werde der Religionssinn in manchen Schichten der Bevölkerung gefördert und angeregt; denn die Religion sei noch eine Macht. Im gleichen Sinne äußerte sich auch die Kaiserin beim Empfange der Abordnung, und sie hat diesen Wunsch noch dadurch bekräftigt, daß sie für die Offenhaltung der Berliner Kirchen an den Wochentagen die Summe von 1000 Mark überwiesen hat.

Am 1. November nahm der Kaiser an der Enthüllung des

Reiterstandbildes Kaiser Wilhelms I. in Stettin

Theil. Nach der Enthüllung folgte eine Parade und der Vorbeimarsch von mehr als 3000 Kriegern aus der Stadt und der Provinz, welche am Denkmal Kränze niederlegten.

In Wittenberg wurde Tags vorher ein

Denkmal für Kaiser Friedrich III.

enthüllt. Der Generaladjutant von Winterfeld vertrat dabei den Kaiser und legte im Auftrage Seiner Majestät einen Kranz aus grünen und goldenen Lorbeerblättern am Denkmal nieder.

Am 26. Oktober ist das seit 1889 für die Reichsbank bestehende Verbot,

russische Werthe zu beleihen,

aufgehoben worden. In der Begründung wird gesagt, daß kein politischer Grund mehr vorliege, die russischen Werthe von der Reichsbank anders behandeln zu lassen wie die Werthe aller übrigen europäischen Staaten, und daß die Befürchtung, der deutsche Markt werde wiederum von russischen Werthen überschwemmt werden, beim jetzigen Kursstande der russischen Papiere ausgeschlossen sei. In Rußland ist dies Vorgehen gerade in gegenwärtiger Zeit mit Genugthuung aufgenommen und damit beantwortet worden, daß die russischen Zollbehörden nunmehr deutsche Reichsbanknoten zu demselben Kurse wie Reichsgoldmünzen annehmen.

In Essen fand am 28. Oktober der

zweite christliche Bergarbeiterkongreß

statt, in welchem von etwa 500 evangelischen und katholischen Delegirten ein „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund" gegründet wurde. Der dortige Hirsch-Dunckersche Gewerkverein schloß sich dem neuen Verein an

Im Laufe der Woche haben zwei

Reichstagsersatzwahlen

stattgefunden. In Osterburg-Stendal wurde der konservative Amtsrichter Himburg-Osterburg mit 8234 von 15 063 Stimmen gewählt; 4630 davon entfielen auf die freisinnige Volkspartei, 2159 auf die Sozialdemokratie. In Bernburg-Ballenstedt ist Stichwahl zwischen dem bisherigen nationalliberalen Vertreter Professor Dr. Friedberg, der 10 126 Stimmen erhielt, und dem sozialdemokratischen Kandidaten, mit 9355 Stimmen, erforderlich; von den übrigen Stimmen erhielt der freisinnige Kandidat 2153, derjenige der „Mittelstandsparteien" 2658 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat in Osterburg-Stendal einen Rückgang von 850 Stimmen erfahren, trägt sich aber mit der Hoffnung, bei der Stichwahl in Bernburg-Ballenstedt obzusiegen — eine Hoffnung, die sehr wohl zu Schanden werden kann, wenn die Anhänger der staatserhaltenden Parteien sich zur Einmüthigkeit aufraffen.

Aus dem Auslande.

Kaiser Alexander III. von Rußland

ist am 1. November Nachmittags in Livadia im Süden Rußlands am schwarzen Meer seinem Nierenleiden erlegen. Ihm folgt sein Sohn, der bisherige Großfürst Thronfolger als Nikolaus II. Das Verdienst des heimgegangenen Zaren besteht darin, daß er sich durch die vielen auf den Krieg hindrängenden Strömungen in Rußland nicht hat dazu bewegen lassen, die Verantwortung für einen europäischen Krieg zu übernehmen. Sein Land verliert in ihm einen strengen, aber gerechten Herrn, der manche segensreiche Reform im Innern herbeigeführt und den Nihilismus mit kräftiger Hand niedergehalten hat.

Der russische Budgetabschluß für 1893 weist nach amtlicher Mittheilung an ordentlichen Einnahmen 1 045 685 000 Rubel auf, an außerordentlichen 174 375 000 Rubel. Die ordentlichen Ausgaben betrugen 946 955 000 Rubel, die außerordentlichen 113 581 000 Rubel. Außerdem standen aus früheren Jahren an Krediten 91 726 000 Rubel zur Verfügung. Der Ueberschuß betrug 179 250 572 Rubel.

In **Ungarn**

hat der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses den Voranschlag des Finanzministeriums angenommen, das Magnatenhaus nahm schließlich nach längerer Debatte die früher abgelehnte Vorlage über die freie Religionsübung mit einigen Abänderungen an; auch der Gesetzentwurf über die Reception der Juden wurde vom Ausschuß angenommen.

In **England**

hat der Premierminister Lord Rosebery zwei bemerkenswerthe politische Reden gehalten. In der ersten besprach er Englands auswärtige Politik, bestritt, daß England in der Frage der Einmischung in die ostasiatischen Angelegenheiten eine Niederlage erlitten habe, und ging dann auf das Verhältniß zu Frankreich über, das er, wenn es auch bisweilen getrübt gewesen sei, doch für nicht besorgnißerregend erklärte. In seiner zweiten Rede sprach er über die Politik der Regierung gegenüber dem Oberhause. Die Regierung halte in Uebereinstimmung mit dem Unterhause das Oberhaus in seiner jetzigen Haltung für eine nationale Drohung. Die Regierung werde daher eine Resolution beantragen, in der erklärt werde, daß das Unterhaus in der Genossenschaft der Kammern vorherrschend sei. Sollte das Oberhaus dies Vorgehen ignoriren, so werde man an das Volk appelliren. — Eine Gegenkundgebung hiergegen ließ nicht lange auf sich warten: Lord Salisbury erklärte in einer Rede in Edinburg, Rosebery habe durchaus kein Recht, an das Volk zu appelliren, auch würden alle Resolutionen, die auf eine Aenderung des Oberhauses hinausliefen, niemals vom Oberhause genehmigt werden.

In **Frankreich**

genehmigte die Deputirtenkammer einstimmig den bereits vom Senate angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Bildung landwirthschaftlicher Kreditgesellschaften und nahm dann einen Gesetzentwurf an, durch welchen der Einfuhrzoll für Melasse auf 5 Franks erhöht wird.

In **Italien**

haben 47 Mailänder Arbeitervereine lebhaft gegen die Auflösung der sozialdemokratischen Arbeitervereine protestirt, sie behaupten, ihre Thätigkeit auf das wirthschaftliche Gebiet beschränkt zu haben, und haben den Beitritt zur Freiheitsliga, sowie die sofortige Bildung neuer Vereine ohne jedes politische Programm beschlossen. Ferner kommt aus Mailand die Nachricht von einem neuen Dynamitattentat, durch das mehrere Polizei- und ein Schulgebäude erheblich beschädigt worden sind, Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Es wurden zehn Anarchisten verhaftet.

In **Spanien**

hat das gesammte Ministerium seine Entlassung eingereicht und erhalten. Die Königin hat Sagasta mit der Neubildung des Kabinets beauftragt

In **Serbien**

ist die längst erwartete Ministerkrisis sofort nach der Rückkehr des Königs zum Ausbruch gekommen, doch ist die Neubildung des Kabinets unter Christitsch als Ministerpräsident bereits gelungen, und man hofft, daß es dem neuen Ministerpräsidenten, der diesen Posten schon mehrmals unter schwierigen Verhältnissen innegehabt hat, gelingen werde, ein unparteiliches Regiment aufrecht zu erhalten.

In **Bulgarien**

ist die Sobranje mit einer Thronrede eröffnet worden.

Vom Kriegsschauplatz in

Ostasien

liegen Nachrichten von neuen Erfolgen der Japaner vor. Danach überschritten die japanischen Truppen ungehindert den Yalufluß und griffen in der Morgenfrühe die Chinesen, die eine befestigte Stellung inne hatten, an. Nach einem mehrstündigen heftigen Gefecht zogen sich die Chinesen zurück. Dann ging die ganze japanische Armee nach Norden vor und griff von allen Seiten das Kastell Kiuren an. Auch hier wurden die Chinesen geschlagen, und die Japaner stehen somit in China selbst, ohne ernstliche Hindernisse auf ihrem Vormarsch gegen Mukden vor sich zu haben. Auch der chinesische Kriegshafen Port Arthur soll schon so gut wie in den Händen der Japaner sein. In China herrscht wegen aller dieser Unglücksfälle, zu denen nun noch eine Hungersnoth kommt, begreiflicher Schrecken, und man plant jetzt — freilich etwas spät — ernstliche Reformen.

Verantwortl. Herausgeber: Karl Homann, Berlin W., Mauerstr. 45. 46. — Im Selbstverlage d. Herausgebers. — Druck: W. Moeser Hofbuchdruckerei, Berlin, Stallschreiberstr. 34. 35.